

GASTKOMMENTAR

Bedrohung für Europa

Der Westen muss den Kurden im Kampf gegen den Islamischen Staat helfen, fordert Volker Perthes.

Der sogenannte Islamische Staat, der sich in Teilen Syriens und des Iraks etabliert hat, wird kaum so schnell verschwinden, wie er entstanden ist. Der medial vorherrschende Begriff der "Terrormiliz" kann dessen Realität nicht erfassen, verharmlost sie sogar eher: Wir haben es hier mit einem Herrschaftsverband zu tun, der in den von ihm kontrollierten Gebieten staatliche Funktionen ausübt - der etwa, wenn auch in barbarischer Weise, Recht setzt und durchsetzt, die Stromversorgung sicherstellt, Steuern erhebt und Soldaten rekrutiert. Gleichzeitig lehnt er die existierende Staatenordnung und ihre territorialen Grenzen ab, reklamiert vielmehr - unter dem Titel des Kalifats - die Loyalität aller Muslime weltweit. Seinem Wesen nach handelt es sich um ein totalitäres, auf Expansion ausgerichtetes Staatsbildungsprojekt mit religiösem Anspruch.

Der "Islamische Staat" bedroht heute unmittelbar die irakisch-kurdische Region, weitere Teile des Iraks und in Syrien vor allem die von der moderaten Opposition gehaltenen Gebiete. Vorstöße in die von Damaskus kontrollierten Teile Syriens, in den Libanon und nach Jordanien sind nicht auszuschließen; mittelbar sind auch andere Staaten der Region gefährdet. Eine weitere Ausdehnung des Islamischen Staats würde erneut Hunderttausende in die Flucht treiben, jegliche Stabilisierung des Iraks verhindern und Gewaltakteure aus aller Welt anziehen, die irgendwann in ihre Heimatländer zurückkehren.

Auch Deutschland und Europa haben ein eindeutiges Interesse daran, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Externe Akteure können die irakischen und die regionalen Verhältnisse nicht selbst ordnen. Das haben zuletzt die USA im Irak gelernt. Sie können aber regionale Partner dabei unterstützen, den "Islamischen Staat" zurückzudrängen - auch, unter anderem, durch Waffen, Aufklärung oder Luftschläge. Die geplante Lieferung von Waffen und Ausrüstung für die Kurdische Regionalregierung (KRG) durch Deutschland und andere EU-Staaten ist deshalb richtig. Es ist eine unentbehrliche Notoperation, jedoch freilich noch keine Lösung der vielen Probleme des Iraks.

Jede Lieferung militärischen Materials birgt Risiken. Es ist nie auszuschließen, dass Waffen in falsche Hände geraten, gegen innere Gegner oder für aggressive Akte genutzt werden. Das Risiko, dass Erbil oder andere Städte Irakisch-Kurdistans überrannt werden, ist jedoch viel höher.

Eine kritische Prüfung der Empfänger militärischer Ausrüstungshilfe ist immer wichtig. Im Vergleich zu vielen anderen Akteuren in der Region schneidet die Regierung in Erbil dabei gut ab. Die irakischen Kurden haben nach Jahrzehnten der Unterdrückung, der Kriege und Bürgerkriege

beachtliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungserfolge erzielt. Bei allen Defiziten hat die irakisch-kurdische Region sich zu einem verantwortlich regierten Quasi-Staat entwickelt. Die KRG wahrt politische und religiöse Pluralität, bindet oppositionelle Kräfte ein und hat stabile, kooperative Beziehungen zum großen Nachbarn Türkei aufgebaut. Und sie bietet einigen Hunderttausend Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak einen Zufluchtsort.

Wenn die geplante Lieferung militärischer Ausrüstung an die KRG nicht zur Ersatzhandlung werden soll, muss sie in eine europäische Strategie eingebaut werden. Die Lieferungen müssen den Bedürfnissen und den Fähigkeiten der lokalen Streitkräfte entsprechen. Die Regierung in Bagdad und der Nato-Partner Türkei sollten einbezogen werden. Militärische Ausrüstungshilfe darf nicht auf Kosten humanitärer Hilfe und einer mittel- und langfristig angelegten Wirtschafts- und Aufbauhilfe gehen. Vor allem werden die EU und ihre Mitgliedstaaten sich darüber klar werden müssen, wie sie die irakischen Kurden und den Irak auf ihrem weiteren Weg begleiten wollen.

Weder Europa noch Amerika werden entscheiden, ob Irakisch-Kurdistan sich eines Tages für unabhängig erklärt oder nicht. Dies wird in erster Linie von kurdischen Sicherheitserwägungen abhängen. Eine Rekonstituierung des Iraks, idealerweise als inklusiver föderaler Staat, realistischer als Konföderation, böte allen Bevölkerungsgruppen eine Perspektive, ist aber keineswegs garantiert. Wenn der Irak sich mittelfristig nicht neu zusammenfügen lässt, wird Europa den Kurden dabei helfen müssen, ihr eigenes Staatsbildungsprojekt in Zusammenarbeit mit und nicht gegen die Nachbarn umzusetzen.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de